



## Europa wählt: Was erwartet den kooperierenden Mittelstand?

Am 09. Juni 2024 wählen die Bürger:innen Europas. Die Spitzenkandidat:innen stehen fest, die Wahlprogramme sind veröffentlicht. Doch was können Verbundgruppen von den großen Parteien erwarten? DER MITTELSTANDSVERBUND informiert über die mittelstandspolitische Ausrichtung der großen Parteien.

Brüssel, 15.04.2024 – Im Rahmen unseres „Wahlprogramm-Checks“ hat DER MITTELSTANDSVERBUND die Wahlprogramme der größeren deutschen Parteien ausgewertet und auf die Auswirkungen gerade für mittelständische Verbundgruppen geprüft. Die folgende Darstellung ist daher keine abschließende Zusammenfassung der Wahlprogramme, sondern soll die Highlights der jeweiligen Mittelstands-Politik der einzelnen Parteien wiedergeben.

Unter den jeweiligen Abschnitten finden Sie zudem eine vertiefende Verlinkung zu den einzelnen Wahlprogrammen. DER MITTELSTANDSVERBUND betont zudem seine Neutralität mit Blick auf die Europawahl. Die getroffene Reihenfolge der Wahlprogramme stellt daher keine Bewertung deren Inhalte dar.

### DIE LINKE

Mit der Vision eines „Europa der sozialen Gerechtigkeit“ will DIE LINKE mit ihren Spitzenkandidat:innen **Martin Schirdewan** und **Carola Rackete** den Weg aus der Krise finden. Punkten will die Partei in ihrem Europawahlprogramm vor allem mit der Rückbesinnung auf soziale Tugenden. So wirbt die Partei mit

- einer Erhöhung des Mindestlohns auf 15€, auch soll die **Mindestlohnrichtlinie** dahingehend verändert werden, dass öffentliche Aufträge an Tarifbindungen geknüpft werden sowie OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden grundsätzlich verboten werden;
- einer Einführung von Arbeitsschutzrichtlinien zum Schutz vor Stress und körperlicher Überlastung. In Bezug auf mobile Arbeitnehmer setzt sich die Partei in ihrem Programm für eine Überarbeitung der **Entsenderrichtlinie** ein und fordert dabei stärkeren Versicherungsschutz sowie die Einführung von Standards für Unterkünfte;
- einem stärker ausgeprägten Mitbestimmungsrecht von Arbeitnehmern im Rahmen der **Umwandlungsrichtlinie** bei richtungsweisenden betrieblichen Fragen wie

Investitionen oder Betriebsschließungen. Zudem soll die Möglichkeit kollektiven Eigentums an Betrieben stärker gefördert werden.

Auch im Bereich der Klimapolitik will DIE LINKE Akzente setzen, welche eine „**wirtschaftlich soziale und ökologische gerechte**“ Transformation ermöglichen sollen. Übersetzt bedeutet das etwa

- die Gründung einer **europäischen Industriestiftung** mit Mitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB). Diese soll gezielt Anteile an Unternehmen erwerben, die eine Schlüsselrolle in der grünen Transformation einnehmen und den klimaneutralen Umbau steuern;
- eine Reduzierung der Abfälle durch eine **Erweiterung der Ökodesignvorgaben** für Produkte. So sollen Hersteller etwa zukünftig für die Kosten für Rücknahme, Transport, Wiederaufbereitung oder Entsorgung der Produkte verantwortlich gemacht werden;
- eine Stärkung der **EU-Lieferkettenrichtlinie** dahingehend, dass die Schwellenwerte für Unternehmensgrößen deutlich herabgesetzt werden.

Auch will die Partei den EU-Haushalt verdoppeln, um die zahlreichen Krisen zu meistern und den Strukturwandel zu vollziehen. Finanziert werden soll das unter anderem durch die Einführung einer **Finanztransaktionssteuer** sowie einer **direkten Besteuerung** von 25 % der Unternehmensgewinne. Auch sollen „Krisenprofite“, also Übergewinne von Unternehmen zu Zeiten der Covid-Krise rückwirkend mit 90 % besteuert werden. Nicht zuletzt setzt sich die Partei für eine Einschränkung von Lobbyarbeit auf Unternehmensseite ein. So sollen etwa

- **Nebenverdienste** von Abgeordneten des Europäischen Parlaments verpflichtend offengelegt werden;
- **Spenden** an Parteien des Parlaments von Lobbygruppen grundsätzlich verboten sowie Spenden von Privatpersonen auf 25.000€ begrenzt werden;
- Eine **Karenzzeit** für Abgeordnete nach Ende des Mandats eingeführt werden.
- Allerdings sollen Verbraucherinteressen mittels Überarbeitung der **Richtlinie für Verbraucherverbände** stärker durchgesetzt werden können. Unter anderem sollen hier weitreichende Beschwerderechte gegenüber Behörden eingeführt werden, um diese zu konkretem Handeln gegenüber unlauteren Unternehmen auffordern zu können

**DER MITTELSTANDSVERBUND meint:** Das Europawahlprogramm der Partei DIE LINKE birgt mit seiner programmatischen Ausrichtung wenig Überraschungen: Die Partei stellt traditionell Arbeitnehmer- und Verbraucherinteressen in den Vordergrund – auch auf Kosten des Mittelstands. Die Ansätze zur Kollektivierung von Unternehmenseigentum würden einen erheblichen Markteingriff darstellen und tragen nicht zu einer wirtschaftlichen Stärkung des europäischen Binnenmarktes bei. Die Zielsetzung einer erheblichen Einschränkung von Lobbyaktivitäten wird zudem durch eine explizite Ausnahme von Verbraucherverbänden konterkariert.

[Hier](#) geht es zum Europawahlprogramm 2024 von DIE LINKE.

## BSW – Bündnis Sarah Wagenknecht

Das neugegründete „Bündnis Sarah Wagenknecht“ will laut Aussage der Namenspatronin keine Linke 2.0 darstellen. Ihr Europawahlprogramm kann somit als Blaupause für eine zukünftige programmatische Ausrichtung der Partei, die **Fabio de Masi** als Spitzenkandidat ins Rennen schickt, verstanden werden. Starke Kontraste zur Einstellung gegenüber der Europäischen Union lassen sich jedenfalls im Vergleich zur Wagenknecht-Vorgängerpartei erkennen. So steht das BSW für ein „Unabhängiges Europa souveräner Demokratie“ für einen **Rückbau der Union**, der sich unter anderem in einer Verschlankung des EU-Haushalts sowie einem Moratorium zu einem Verzicht der Aufnahme neuer Mitglieder erkennbar macht. Zudem will sich die Partei mit den Themen **Ukraine-Konflikt und Migration** profilieren. So sollen Asylverfahren zukünftig an EU-Außengrenzen oder in Drittstaaten stattfinden, in Bezug auf die Ukraine fordert die Partei ein Ende der Waffenlieferungen.

Wirtschaftspolitisch jedoch finden sich zwar marginale Unterschiede zum Parteiprogramm von DIE LINKE – so fordert die Partei beispielsweise eine **Verschärfung des Kartellrechts** sowie eine Schaffung einer eigenständigen **europäischen digitalen Infrastruktur**. Andere Aspekte wie die Einführung eines Mindeststeuersatzes in Höhe von 25 %, die Einführung einer Transaktionssteuer sowie die Vorbehalte gegen (unternehmerfreundliche) Interessensvertretung gestalten sich hingegen deckungsgleich mit den Wahlargumenten der linken Konkurrenzpartei.

**DER MITTELSTANDSVERBUND meint:** Dafür, dass Sarah Wagenknecht ihre Vorgängerpartei in der Vergangenheit bereits als „Lifestyle-Linke“ bezeichnete, sind sich beide Parteien in der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung zu ähnlich – teilweise gleichen sich die Programme aufs Wort. Einen Unterschied macht das BSW lediglich in rechtspopulistischen Kernthemen wie Asylpolitik, EU-Skeptizismus sowie einer russlandfreundlichen Außenpolitik.

[Hier](#) geht es zum Europawahlprogramm 2024 des „Bündnis Sarah Wagenknecht“

## SPD

Von einer „Richtungswahl“ gegen rechts sprach die erneut zur Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten gewählte **Katarina Barley**. Dabei gehe es darum, die EU gegen innere und äußere Feinde zu stärken und nannte dabei ausdrücklich Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán. Durch eine Stärkung des EU-Haushalts sollen „zentralen Politikbereichen der EU, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert liefern“, gestärkt werden. Die Förderung von Eigenmitteln soll die EU zudem unabhängiger von nationalen Regierungen machen. Gleichzeitig zielt die SPD auf eine Stärkung der EU als Industrie- und Wirtschaftsstandort ab, ohne dabei die soziale Absicherung aus den Augen zu verlieren. Letzteres soll im Rahmen eines „Europa des Respekts“ unter anderem angestrebt werden durch

- eine **Überarbeitung des Vergaberechts** dahingehend, dass Kriterien für gute Arbeit wie Tariftreue, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung als feste Bestandteile der Vergaberegeln verankert werden;

- die Einführung einer einheitlichen europäischen **Sozialversicherungsnummer** zum Schutz mobiler EU-Bürger;
- die Überarbeitung der **EU-Richtlinie zum Schutz vor psychischen Belastungen**, indem Probleme wie die Arbeitsverdichtung und den zunehmenden Stress durch die voranschreitende Digitalisierung adressiert werden;
- die Schaffung einer **Richtlinie zur Antidiskriminierung bei Löhnen**, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zu erhöhen;
- Überarbeitung des **EU-Fachkräfteeinwanderungsrechts** mit dem Ziel, einwanderungswillige Arbeitskräfte besser mit Wohnraum zu versorgen, zu integrieren und schneller eine qualifikationsgerechte Arbeit zu vermitteln;
- Weiterentwicklung von **SURE** (EU-Programm zur Finanzierung von Kurzarbeit)

Zudem soll der Verbraucherschutz gestärkt werden, indem vor allem digitale Märkte in Angriff genommen werden. Hierzu werden vorgeschlagen

- ein Gesetz zur **Begrenzung von Manipulationsmöglichkeiten** im Internet, mit denen Verbraucher mit unlauteren Mitteln zu Kaufentscheidungen veranlasst werden (Dark Patterns);
- ein **Provisionsverbot für die Vermittlung von Finanzdienstleistungen**, womit Investitionsentscheidungen, die über falsche Anreize getroffen wurden, minimiert werden sollen;
- eine stärkere **Rechenschaftspflicht von Online-Marktplätzen**, die eigene Prüfpflichten bekommen sollen.

Für Unternehmen machen die Sozialdemokraten folgende Angebote:

- **Abbau von bürokratischen Hemmnissen** im Binnenmarkt, um Planungsprozesse zu beschleunigen und Raum für Unternehmertum und Kreativität zu schaffen. Hierzu soll auch die Datenschutzgrundverordnung (**DSGVO**) weiterentwickelt werden – ein Fokus auf digitalem Fortschritt und der Verbesserung digitaler Plattform soll dabei den Abbau von Bürokratie vor allem für KMU erleichtern;
- Schaffung eines funktionierenden **europäischen Kapitalmarktes** durch die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion mit dem Ziel, den Kapitalmarkt vor allem als Finanzierungskanal für KMU zu stärken.

**DER MITTELSTANDSVERBUND meint:** Die SPD setzt angesichts der miserablen Umfragewerte für die Europawahl auf ein einfaches Rezept: Durch den Fokus auf Verbraucher- sowie Arbeitnehmerrechte anstelle von Klimapolitik will die Partei ihr sozialdemokratisches Profil zurückgewinnen. Hierzu passt auch, dass die Partei mit der ehemaligen Justizministerin Katarina Barley ein bekanntes Gesicht als Spitzenkandidatin ins Rennen schickt. Unternehmensseitig formuliert die SPD zwar die richtigen Ansätze, die angebotenen Lösungswege bleiben jedoch zu häufig vage oder greifen zu kurz (Beispiel: Bürokratieabbau).

[Hier](#) geht es zum Europawahlprogramm 2024 der SPD

## Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Wohlstand, Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit schützen – das ist der Kern des Europawahlprogramms der Grünen. Mit **Terry Reintke** als Spitzenkandidatin setzt die Koalitionspartei auf ein sehr ambitioniertes und mit 140 Doppelseiten auch äußerst umfangreiches Wahlprogramm (zum Vergleich: CDU/CSU mit 25 Seiten Wahlprogramm). Das Schlüsselprojekt stellt dabei ein groß angelegtes EU-weites **Investitionsprogramm** nach Ablauf des Corona-Wiederaufbauprogramms *NextGenerationEU* dar. Hiermit sollen unter anderem der Ausbau der gemeinsam genutzten Infrastruktur, die Förderung des klimaneutralen Umbaus der Industrie sowie die Erhöhung der Resilienz gegenüber Autokratien gefördert werden. Generell steht die Partei für eine finanziell stark aufgestellte Europäische Union. Aus diesem Grund sollen zusätzlich zu Eigeneinnahmen der EU (etwa über Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems) nationale Beiträge erhöht werden. Zudem setzen die Grünen mit der Forderung nach starken **öffentlicher Förderprogramme für (grüne) Zukunftstechnologien** auf eine europäische Antwort auf den amerikanischen *Inflation Reduction Act*.

Umweltpolitisch steht die Partei für eine Weiterentwicklung des Green Deals. Aus diesem Grund fordern die Grünen

- die Weiterentwicklung der **Grünen Taxonomie**;
- der dezidierte Einsatz für **verbindliche Ressourcenschutzziele**. Auch soll die Ressourcenabhängigkeit Europas reduziert, die Ressourcenquellen diversifiziert und hierfür eine europäische Rohstoffagentur eigens eingerichtet werden;
- eine Schärfung der Ökodesign-Vorgaben für Produkte;
- eine **Stärkung des Rechts auf Reparatur**. Dazu gehören die Einführung eines Lebensdauer- und Reparaturindex für Haushaltsgroßgeräte, die Verlängerung der Gewährleistungsfristen und das Verbot der Vernichtung zurückgesandter Ware aus dem Online-Handel;
- eine **Vertiefung der EU-Textilstrategie** mit dem Ziel einer kreislauffähigen Textilproduktion sowie einer Förderung alternativer Geschäftsmodelle wie Reparatur-, Miet- und Sharing-Dienste für Textilien;
- den Einsatz für **europaweit verbindliche Lebensmittel-Labels**, die eine verpflichtende Kennzeichnung der Tierhaltung enthalten. Käfig- und Kastenhaltung will die Partei gänzlich verbieten;
- den Einsatz für rechtsverbindliche Maßnahmen, um die **Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu halbieren**. Hierzu gehören unter anderem eine Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen von Lebensmitteln sowie eine Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten.

Wirtschaftspolitisch setzen die Grünen vor allem auf die Punkte Bürokratieabbau und Digitalisierung. Übersetzt bedeutet das im Wahlprogramm

- den Vorschlag eines neuen **EU-Rahmens für Unternehmensbesteuerung** (BEFIT), wobei insbesondere der E-Commerce in den Fokus gerückt wird;
- eine Verbesserung von KMU-Tests mit dem Ziel, Gesetze im Sinne des „**small first**“-**Prinzips** besonders belastungsarm für KMU zu konzipieren;

- die **Ausbildung in Handwerksbetrieben** zu fördern;
- die Einführung des „**Once-Only-Prinzips**“, wonach Daten künftig nur einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im Rahmen der datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu können;
- eine Evaluation der **DSGVO** mit dem Ziel einer praxistauglicheren und vereinfachten Gestaltung;
- die Digitalisierung der Verwaltung, um bürokratische Hürden abzubauen;
- die **Verschärfung des Wettbewerbsrechts** mit dem Ziel für KMU, Produkte online zu fairen Bedingungen handeln zu können.

Im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik setzt das Programm der Partei auf „Gute Arbeit und soziale Sicherheit“. Dies soll etwa erreicht werden durch

- eine Überarbeitung der **Richtlinie zu europäischen Betriebsräten**, welche die Durchsetzungsmöglichkeiten der Betriebsräte stärken und auch Franchise-Unternehmen in den Anwendungsbereich rücken will;
- eine neue **EU-Richtlinie für Homeoffice**, welche das Remote Arbeiten europaweit erleichtern soll;
- ein Vorantreiben des **europäischen Sozialversicherungsausweises**, welcher die Übertragbarkeit von Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und entbürokratisieren soll.

Nicht zuletzt fordern die Grünen ein Umdenken in der Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten. So sieht eine neue, **umfassende EU-Fachkräftestrategie** etwa die Erweiterung der EU-Blue-Card auf nicht-akademische Berufe vor. Auch soll durch eine unbürokratische und einheitliche Anerkennung von Bildungsabschlüssen die Attraktivität des Einwanderungsstandorts Europa erhöht werden.

**DER MITTELSTANDSVERBUND meint:** Der große Umfang des Grünen-Wahlprogramms macht deutlich, dass die Partei sich Einiges für die nächste europäische Legislaturperiode vorgenommen hat. Die Herausforderung wird dabei sein, zwischen umwelt- und sozialpolitischen Ambitionen die bürokratischen Belastungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen nicht aus den Augen zu verlieren, die die Partei auch selbst in ihrem Wahlprogramm mit konkreten Vorschlägen adressiert. Fakt ist, dass die Anzahl der bereits heute geltenden Prüf- und Berichtspflichten durch die Umwelt-Regulatorik ein für Mittelständler schlicht untragbares Niveau erreicht hat.

[Hier](#) geht es zum Europawahlprogramm 2024 von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

## CDU/CSU

Laut CDU-Vorsitzendem Friedrich Merz steht das Europawahlprogramm der Union im Kern im Zeichen dreier Versprechen: Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. In Bezug auf die ersten zwei Punkte bedeutet das vor allem eine massive Aufrüstung der Europäischen Union, die Einführung eines EU-Verteidigungskommissars sowie ein besserer Schutz der EU-Außengrenzen bei einer größeren Anzahl von Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern. Die Christdemokraten, die mit Kommissionspräsidentin **Ursula Von der Leyen** (CDU) und **Manfred Weber** (CSU) als Spitzenkandidat:innen prominent vertreten sind, sehen überdies die

Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa als notwendige Voraussetzung für eine handlungsfähige Union. Ein erster Schritt hierzu stellt eine bürokratische Entlastung von Unternehmen dar. Erreicht werden soll diese durch

- eine **Stärkung des Europäischen Mittelstandsbeauftragten**. Dieser soll in Zukunft bei allen Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und die Anwendung der KMU-Tests zwingend prüfen;
- der **Belastungsstopp für neue und laufende EU-Regulierungen**. Ziel ist es, bestehende Berichtspflichten für Unternehmen zusammenzufassen und überflüssige Richtlinien abzuschaffen. Zudem soll zukünftig das „1 in, 2 out“-Prinzip der EU-Regularien konsequent umgesetzt werden;
- die Entstehung eines **unabhängigen Normenkontrollrats**, der Bürokratiekosten misst und Erfahrungen in den Mitgliedstaaten mit der Anwendung des EU-Rechts berücksichtigt;
- die Forderung nach einem **Aktionsplan zur Reduzierung der regulatorischen Belastung**;
- eine **Reform der DSGVO** mit dem Ziel eines Datenschutzrechts, das überall in der EU gleich angewandt wird. Bürokratielastige Sorgfaltspflichten soll es zudem nur in sensiblen Bereichen geben;
- die **Vereinfachung des Vergaberechts**. Hierzu gehört eine Anhebung der Schwellenwerte, was eine höhere Anzahl unkomplizierter Vergaben ermöglichen soll.

Überdies sieht das Europawahlprogramm vor, den Europäischen Markt wirtschaftlich und finanzpolitisch breiter aufzustellen. Konkret fordert die Union diesbezüglich

- die Initiierung neuer sowie die Vollendung laufender **Freihandelsabkommen** als reine EU-Abkommen. Hierzu gehören neben transatlantischen Bemühungen vor allem eine größere Öffnung hin zum südamerikanischen sowie asiatisch-pazifischen Markt;
- die **Vertiefung des EU-Binnenmarkts** durch den Abbau grenzüberschreitender Handelshindernisse;
- eine **Vertiefung der Kapitalmarktunion** sowie eine Stärkung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen.

Arbeitnehmerrechte will die Union durch eine europaweite **Erhöhung der Tarifbindung** sowie einer **Vereinfachung von grenzüberschreitendem Arbeiten** stärken, etwa durch eine Vereinfachung von A1-Bescheinigung zur Entsendung von Arbeitnehmern. Eine europäische Arbeitslosenversicherung hingegen wird abgelehnt, ebenso wie eine europäische Schuldenunion – so setzt sich die Partei auch für eine Rückzahlung der Corona-Wiederaufbaufonds ein. Des Weiteren will man dem Problem des **Fachkräftemangels** zuvorderst mit europäischen Lösungen begegnen. Hierzu gehören die Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine Beseitigung von Hürden in der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

**DER MITTELSTANDSVERBUND meint:** Das Wahlprogramm der CDU/CSU gibt Themen Nachhaltigkeit und Beschäftigungs- und Sozialpolitik programmatisch klar an die Parteien links der Mitte ab. Interessant ist dabei, dass durch den inhaltlichen Fokus auf Bürokratieabbau und weg von Nachhaltigkeitsthemen eine latente Kritik an die bisherige Gangart der Kommission im Wahlprogramm durchscheint – deren derzeitige Präsidentin jedoch als Spitzenkandidatin

der Union und EVP sich gute Chancen auf eine Wiederwahl ausrechnen kann. Wie dieser Widerspruch in der neuen Legislaturperiode aufgelöst werden kann, wird sich zeigen. Eine Vertiefung des Green Deals wird es jedenfalls nach dem Wortlaut des Wahlprogramms mit der Union nicht geben: Diese wirbt mit einer „Überprüfung des Green Deals auf Praxistauglichkeit und auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb.“

[Hier](#) geht es zum Europawahlprogramm 2024 der CDU/CSU

## FDP

Auch die FDP setzt einen großen Schwerpunkt im Europawahlkampf auf das Thema Verteidigungsfähigkeit. Dass die ausgewiesene Sicherheit- und Verteidigungsexpertin **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** als Spitzenkandidatin gewählt wurde, hat Symbolkraft. So soll unter anderem der Bereich der GASP ausgebaut werden. Eine **Europäische Verteidigungsunion** als Zwischenschritt zur Vision einer europäischen Armee sowie den Ausbau von Europäischen Programmen zur Rüstungsbeschaffung wie dem Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) soll dem Bündnis in Sachen Verteidigung mehr Macht verleihen. Auch will die Partei „Europa Einfacher machen“ – dazu fordert die Partei eine **„Trendwende für einen radikalen Bürokratieabbau“**. Konkrete Vorschläge dabei sind etwa

- die Einführung eines **„Bureaucracy Reduction Acts“**, der das ambitionierte Ziel der Befreiung der Wirtschaft von mindestens 50% der Bürokratielasten vorsieht und eine strenge Befolgung der „1 in 2 out“-Regel vorschreibt;
- eine **systematische Erfassung der Bürokratiekosten**, die analog zum deutschen Bürokratiekostenindex den messbaren Zeitaufwand und die Kosten von EU-Regularien ins Blickfeld rücken soll;
- die Einführung einer sogenannten **„Sunset-Klausel“**, welche Gesetze und Verordnungen zukünftig mit konkretem Ablaufdatum versehen soll;
- die Überarbeitung und **Entbürokratisierung der DSGVO**;
- die **Zusammenführung von Berichtspflichten** aus verschiedenen Gesetzestexten, die sich teilweise überlagern.

Weitere Forderungen zur Stärkung von Unternehmen des Mittelstands sind

- die **Einrichtung eines Mittelstandskommissars**, der sicherstellen soll, dass auf EU-Ebene keine mittelstandsfeindlichen Gesetze gestaltet werden
- die Einrichtung eines **einheitlichen digitalen Meldeportals**, welches Unternehmen relevante Informationen gebündelt bereitstellen und eine unkomplizierte zentrale Einrichtung von Informationen ermöglichen soll
- die Errichtung einer **EU-Strategie für Fachkräftegewinnung** mit dem angestrebten Ziel eines weitgehend harmonisierten Fachkräfteeinwanderungsrechts. Hierbei wird die Einführung eines Zweisäulensystems bevorzugt: einerseits soll die Blue Card zukünftig auch für nichtakademische Fachkräfte gelten und zeitgleich die Mindesthaltsgrenze für den Erhalt gesenkt werden. Andererseits soll ein europäischer Talentpool mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild eingeführt werden, welcher die Transparenz der Einwanderungschancen deutlich erhöhen soll.



- eine **Ausweitung des InvestEU-Programmes** zur Bereitstellung langfristiger Finanzmittel an Unternehmen

Zudem will die Partei Handelspartnerschaften global ausbauen mit dem angestrebten Ziel einer **Weltfreihandelszone der Demokratien**. Priorität soll dabei für den transatlantischen Wirtschaftsraum gelten, jedoch neben dem Abschluss des MERCOSUR-Abkommens ebenso der Handel mit Israel, Indien, Taiwan, den ASEAN-Staaten und Australien ausgeweitet und institutionalisiert werden. Hierdurch sollen auch Rohstoff- und Technologieabhängigkeiten reduziert werden, welche durch regelmäßige **Abhängigkeits-Stresstests** geprüft werden. Eine Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum bestehenden Bargeld steht im Zeichen der **Vertiefung der Kapitalmarktunion**, ebenso wie Maßnahmen wie dem Listing Act, um Unternehmen den Zugang zur Börsenfinanzierung zu erleichtern. Nicht zuletzt macht sich die Partei für eine **Zurückhaltung in der Schaffung neuer Eigenmittel der EU** stark. Stattdessen wird gefordert, *NextGenerationEU*-Verbindlichkeiten aus der Zeit der Pandemie zu tilgen. Auch macht die Partei deutlich, dass die Verschuldung durch die Corona-Bonds eine einmalige Ausnahme darstellen und nicht zur Regel werden dürfen.

**DER MITTELSTANDSVERBUND meint:** Die FDP verdeutlicht mit ihrem Wahlprogramm, dass sie die Regulierungsdichte und die damit verbundene bürokratische Belastung der Unternehmen der Von der Leyen-Kommission nicht weiter mittragen will. Vorschläge wie der angestrebte „Bureaucracy Reduction Act“, die systematische Erfassung der Bürokratiekosten oder aber die Einrichtung eines Mittelstandskommissars konkretisieren diese Zielvorgabe.

[Hier](#) geht es zum Europawahlprogramm 2024 der FDP